

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
ansonsten M. 1.35,
hierzu Bestelgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die Klein-
spaltige Garnanzelle.
Kerikonen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Kont.
/ * * *
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 114.

Dienstag, den 18. Mai 1909.

26. Jahrgang.

Zweiter deutscher Friedenskongress.

II.

Stuttgart, 15. Mai.

Heute vormittag begannen die geschäftlichen Verhandlungen. Der Vorsitzende Kähler-Stuttgart teilte ein Schreiben des württ. Staatsministeriums mit, in dem es heißt: „Wenn auch die R. Regierung die Bestrebungen der Friedensgesellschaft mit Interesse verfolgt, so ist sie doch aus äußeren Gründen nicht in der Lage, die erbetene offizielle Beschickung des Kongresses eintreten zu lassen.“ Auch der Kultminister erklärt, am Erscheinen verhindert zu sein. Abg. Weg-Heilbronn schlägt deshalb folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Delegierten des 2. Deutschen Friedenskongresses sprechen ihr Entsetzen und lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die R. württ. Staatsregierung nicht dem Beispiel anderer deutscher Bundesregierungen gefolgt ist und sich auf die äußeren Gründe beruft, die es nicht ermöglichen, einen Vertreter auf den Kongress zu senden.“

In dem Geschäftsbericht erwähnte der Schriftführer Hartmann-Stuttgart die zahlreichen Kundgebungen der Friedensgesellschaft und teilte mit, daß an sämtliche deutsche Studentenverbindungen mit Ausnahme der Korps und Burschenschaften Aufforderung zur Teilnahme an den Friedensbestrebungen gerichtet worden seien, doch seien diese bisher ohne Antwort geblieben. Nur bei den freien Studentenschaften könne man hoffen, auf einen günstigen Boden zu stoßen. An den Geschäftsbericht knüpfte sich auch eine Erörterung über die deutsch-französische Annäherung, aus der zu ersehen ist, daß in Südschwaben im Herbst Vorträge eines französischen Professors und Bürgermeisters stattfinden sollen. Nach Erhaltung des Kaiserberichts durch den Kassier Albert-Stuttgart sprach Prof. Quide über die Stellung der Friedensgesellschaften zu den nationalen Minderheiten. Seine Ausführungen gipfelten in einer Resolution, die nach einigen Zusätzen folgende Fassung erhielt:

„Gemäß ihrer Grundzüge vertritt die Deutsche Friedensgesellschaft die Forderung der Gleichberechtigung aller Nationalitäten im internationalen Verkehr. Sie ist der Meinung, daß diese Grundzüge, abgesehen von den notwendigen Beschränkungen, auch auf die innerhalb der Staaten lebenden nationalen Minderheiten angewandt werden sollten, zumal dadurch eine ungerechte Behandlung derselben leicht internationale Verwicklungen herbeigeführt werden könnten. Sie tritt daher ein für ungehemmte Pflege nationaler Kultur auch für diese, insoweit nicht die Erfüllung der Staatsaufgaben die Bevorzugung einer Sprache in der Rechtspflege, dem Heereswesen und in den Verwaltungen und Vertretungskörpern zwingend erheischt. Eine von vermeintlich nationalen Interessen diktierte weitergehende Beschränkung der Minoritätssprachen ist daher grundsätzlich abzulehnen, vielmehr deren Gebrauch innerhalb der bezeichneten Grenzen und besonders für Schule und Kirche, Presse und Versammlungen freizugeben. Die wirtschaftlichen Machtmittel des Staats einseitig gegen nationale Minderheiten zu verwenden, verstößt gegen die Grundsätze der Rechtsgleichheit. Die Deutsche Friedensgesellschaft ist überzeugt, daß nur auf diesem Wege die allgemeinen Staatsinteressen gefördert, nationale Gegensätze ausgeglichen und die in der Minorität befindlichen Nationalitäten für die Ziele des gemeinsamen Staatswesens gewonnen werden können.“

Entgegen dieser Resolution beantragten 3 Delegierte Resolutionen, die dahin hinausliefen, über die Stellung der Minoritäten zur Tagesordnung überzugehen. Nach längerer Debatte, die sich ausschließlich um die Polenfrage drehte, wurde nach Ablehnung aller übrigen Anträge die Resolution Quide gegen eine Stimme angenommen. Bei der Neuwahl der Geschäftsleitung wurden die ausscheidenden Mitglieder durch Affirmation wieder gewählt. Zur Frage des Weltfriedens wurde beschlossen, den Vertretern Deutschlands auf dem Weltfriedenskongress in Stockholm aufzugeben, dafür einzutreten, daß nicht der 22. Februar (Washingtons Geburtstag), sondern der 18. Mai, als Weltfriedenstag gewählt werde. Die Frage des Vorgehens zur Einführung eines Friedenstages in den Schulen wurde der Geschäftsleitung zur weiteren Behandlung überwiesen. Schließlich wurde eine Resolution Kohler-Ehlingen einstimmig angenommen folgenden Inhalts:

„In Würdigung der großen Bedeutung, besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für den Weltfrieden begründet der 2. Deutsche Friedenskongress in Stuttgart alle Bestrebungen, welche in den letzten Jahren sich in dieser Richtung in beiden Ländern geltend gemacht haben und erucht das feierliche in Münden gewählte, aus Mitgliedern der deutschen und französischen Friedensgesellschaften bestehende Komitee auch in

seinem Teil alles aufzubieten, diese beiden Völker einander näher zu bringen.“

In den Nachmittagsverhandlungen wurden zunächst Propaganda- und Organisationsfragen besprochen und dann ein Schreiben des Berner Bureau erörtert, das ein Eintreten für ein obligatorisches Schiedsgericht bei internationalen Streitigkeiten fordert. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag auf Forderung eines obligatorischen Schiedsgerichts abgelehnt und einem Vorschlag Quide zugestimmt, die deutsche Regierung schriftlich an ihr Versprechen zu erinnern, das sie in Haag gemacht habe und in dem sie ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen und diese Einrichtung weiter auszubauen. Des Weiteren wurde beschlossen, die Ortsgruppen zu ersuchen, die schauwirthschaftlichen Stellen in Schulbüchern festzustellen und der Geschäftsleitung mitzuteilen, damit diese von sich aus vorgehen könne. Dr. Neufville-Frankfurt a. M. machte Mitteilungen über die Tagesordnung des Stockholmer Kongresses.

Ueber internationalen Austausch von Kindern und jungen Leuten referierte Mittelschullehrer Kupperle-Heilbronn. Er teilte die bisher gemachten günstigen Erfahrungen mit, wies die Einwände als unhaltbar zurück und bezeichnete den Austausch als ein praktisches dauerndes Friedenswerk. Es wurde schließlich eine Erklärung angenommen, die die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft beauftragt, 1. den Austausch von Kindern und jungen Leuten zu vermitteln und 2. zu diesem Zweck an möglichst vielen Orten Vertrauensmänner, Ausschüsse, Komitees zu gewinnen, die gesamte Presse ausgiebig zu benützen und den Zusammenschluß der vermittelnden Gesellschaften zu Verbänden zu fördern.

Als Ort des nächstjährigen Kongresses wurde Wiesbaden festgelegt.

Die Sitzung am Sonntag wurde eingeleitet mit einem Vortrag von Bankier Max Hausmeister-Stuttgart über „Rüstungsbeschränkung“. Er führte darin aus, daß ein von Deutschland ausgehender Abrüstungsvorschlag in der ganzen Welt mit Jubel aufgenommen werden würde und der Erfolg könnte dann auch nicht ausbleiben. Die Reichsfinanzreform sollte erst dann ihre Erledigung finden, wenn die Frage der Abrüstung einer glücklichen Lösung entgegengeführt worden sei. Prof. Quide widersprach dem letzten Vorschlag und betonte mit Entschiedenheit die Notwendigkeit, die Reichsfinanzreform so bald wie möglich zu einem guten

Das Gute mißfällt uns, wenn wir ihm nicht gewachsen sind.
Niesche.

Das Haus am Rhein.

Roman von Kuny Wolke.

(Fortsetzung.)

Die Erzieherin war außer sich über die ihr angetaunte Verleumdung und nur Leonorens ernsten Worten und der Versicherung, eine strenge Untersuchung anzustellen, um dem Lebeltäter zu entlarven, gelang es, sie wenigstens etwas zu beruhigen.

„Gätten Sie doch man nicht gleich so'n großes Geschrei von der Sache gemacht, Fräulein!“ sagte der Gärtner beim Hinabsteigen zu Clarissa, „da hätten Sie das Vergnügen allein gehabt, die Kasse zu finden und sie hätten wohl einen Schreck, aber nicht die Blamage davongetragen.“ Damit ging er von dannen, von einem „rober Mensch“ der Erzieherin verfolgt.

Frau von Gleichenburg und die Generalin lachten über die Klagegeschichte äußerst drahtisch zum besten gab. Allen war die heitere Stimmung wiebergekehrt, nur Fräulein Berger brütete Rache!

Erich, der Billy in dem kleinen Kreise vermiste, schritt jetzt allein tiefer in den Garten hinein.

Der Mond war aufgegangen und goh sein glänzendes Licht wie flüßiges Silber über Baum und Strauch. Endlich nach langem Suchen entdeckte Erich Klein-Billy auf der Lehne einer Bank sitzend und dem Mond eine lange Nase nach der andern drehend.

„Es sah zu urkomisch aus, und der Leutnant lachte laut und fröhlich auf.“

„Nicht interessante Beschäftigung!“ sagte er und hielt die kleinen niedlichen Finger fest, „was hat Ihnen denn der arme Mond getan, daß Sie ihn so strafen?“

Billy wendete das Köpfchen nur ein ganz klein wenig dem Leutnant zu und befreite mit einem energischen Hand ihre Hände.

„Geh Sie nichts an,“ gab sie kurz zurück.
„Na, na, langsam, keine Lebeltäterin, sonst verrate ich, wer die Kasse in die Bettdecke genäht hat.“

Er schreckte flog das reizende Köpfchen herum und die schwarzen Augen sahen fragend und ängstlich auf Erich.

„Sie wissen?“ sagte die Kleine fast atemlos.

„Alles!“ entgegnete Erich wichtig.

„Aber wie können Sie denn,“ rief Billy fast weinerlich, „die Jungen haben doch zu schweigen versprochen?“

„Aha, also Jungen sind auch dabei? Bälhchen, Bälhchen, ich glaube, die Kinderstube wäre das beste für eine gewisse kleine Dame.“

„Ach, geben Sie doch, Sie sind ja unaussehlich! Im übrigen hätte ich Sie gar nicht für so klug gehalten, wie Sie sind, Erich, denn die jungen Leutnants, die ich sonst kenne, sind's eben nicht. Da ist zum Beispiel das lange Laster, Sie wissen doch, Ihr süßer Freund vom vorigen Sommer und der Leutnant von Vater, der immer so schnurrt wie unsere Mies und zuletzt der schöne Oskar, der vor jeder Blume im Garten oder im Ballsaal eine Verbeugung macht und ganz ernsthaft versichert: „Heime lasse grünen“, weil's in einem seiner Vieder heißt: „Wenn Du eine Nase schaut, sag ich lass' Sie grünen.“ Ich danke für solche Weisheit und freue mich aufrichtig, daß Sie, Erich, doch ein bißchen schlauer sind und gleich herausgefunden haben, daß ich Fräulein Clarissa den Streich gespielt.“

„Ach, sich' mal einer an, also Klein-Billy ist's wirklich?“

„Ich dachte, Sie wissen es?“

„Bewahre, ich vermutete nur.“

„Sie sind wirklich unaussehlich,“ fuhr Billy auf, „erst hören Sie ruhig eine Lobrede, die ich Ihnen ob Ihrer Klugheit halte, an und nachher ist nichts dahinter. Sie sollten sich schämen.“

„Das tue ich ja auch, Bälhchen, aber Sie müssen mir erzählen, wie Sie zu der köstlichen Idee kamen.“

„Ist die Idee häßlich?“ fragte Billy, schon verärgert, „nicht wahr, nett? Ja, daß kam so: Heute morgen hat-

ten sich Leonore, Renate und ich furchtbar geärgert, daß Mama schon von Leonorens Verlobung wußte und zwar durch Fräulein Berger, die noch in der Nacht zu Mama gegangen war, um ihr alles zu klaffen. Leonore weinte darüber und das brachte mich so in Wut, daß ich beschloß, mich zu rächen. Ich beredete die Jungen des Gärtners, mit denen ich — zu Ihnen gejagt — noch zuweilen im Garten herumtollte — mir zu helfen, und wir kamen überein, Fräulein Clarissa, die eine schreckliche Furcht vor Nagern hat, eine in ihr Bett einzunähen, die sie dann des Nachts etwas ängstigen und quälen sollte. Daß Fräulein Berger die Sache schon früher entdecken würde, konnten wir doch nicht denken, noch viel weniger aber, daß sie durch ihre närrische Furcht vor Dieben und Mördern die ganze Gesellschaft alarmieren würde. Wissen Sie, Erichchen — ich fürchte mich ein bißchen vor Mama und Leonore! Wäre der dumme Mond nicht gewesen, oder hätte er nicht in Fräulein Clarissa's Zimmer geknallt, dann hätte sie unsern Anschlag nicht entdeckt und alles wäre gelungen!“

„Es dämmert,“ sagte der Leutnant ernsthaft, „darum also machten Sie dem Mond lange Nasen, recht ebele Rache!“

„Ach gehen Sie,“ rief Billy ärgerlich, „Sie verstehen mich doch nicht. Wie geht's denn hier?“

Dabei tippte sie mit ihrem kleinen Zeigefinger auf die Stelle der Uniform, wo sie des Leutnants Herz vermutete.

„Danke,“ gab dieser zurück, „gar nicht.“

„Ach, das ist traurig,“ entgegnete Billy aufrichtig und blickte den Leutnant treuherzig mit ihren wunder-vollen Augen an.

„Es tut wohl sehr weh von wegen der Lore?“ fuhr sie fort und hängte sich an Erichs Arm, mit ihm dem Hause zuschreitend.

„Schrecklich!“ antwortete Erich düster.

„Wenn ich nur ein Mittel dagegen wüßte,“ sagte sie warm.

„Ich auch!“ stöhnte Erich an ihrer Seite.

(Fortsetzung folgt.)



Ende zu führen. Die Versammlung nahm sodann einstimmig folgende Resolution an:

„Angeht die deutsche Volksgemeinschaft, die dem deutschen Volk angefallenen Mehrbelastung mit jährlich 500 Millionen neuer Steuern erinnert der 2. deutsche Friedenskongress an die Tatsache, daß die Zerrüttung der Reichsfinanzen und die enorme Steigerung der Steuerlast in der Hauptsache durch die fortwährende Steigerung der Rüstungsausgaben, verbunden mit dem Unterbleiben der Schuldentilgung verursacht worden ist und verweist auf die daraus folgende Unmöglichkeit, die Gesundung der Reichsfinanzen dauernd zu sichern, wenn nicht dem Anwachsen der Rüstungsausgaben, insbesondere dem Wettkampf im Flottenbau Einhalt getan wird. Die Pflege der Kulturinteressen verlangt darüber hinaus eine Verminderung der Militär- und Marinekosten. Dieses Ziel kann nur erreicht werden auf dem Wege internationaler Verständigung über gleichzeitige und gleichmäßige Beschränkung der Rüstungen. Der Kongress ersucht deshalb den Reichstag, er wolle zunächst eine sorgfältige Prüfung des Bedarfs vornehmen, sich bei Bewilligung von neuen Steuern streng auf den heute bestehenden Bedarf beschränken und alles ablehnen, was dazu dienen soll, Mittel für weitere Steigerung der Rüstungen zu liefern, wolle aber gleichzeitig mit Erledigung der Reichsfinanzreform die Reichsregierung veranlassen, mit andern Mächten in Verbindung zu treten, um das von den beiden Haager Konferenzen geforderte Studium der Abrüstungsfrage in die Tat umzusetzen und eine Abrüstungskonferenz einzuberufen. Der Kongress ist überzeugt, daß das Bedürfnis im Interesse der Kulturaufgaben zu einer Einschränkung der Rüstungen zu gelangen, in der ganzen Welt geteilt wird und daß deshalb eine Initiative Deutschlands auf diesem Gebiet überall dankbar aufgenommen werden würde und uns die Sympathien aller Kulturvölker gewinnen müßte.“

Einen würdigen Abschluß des Kongresses bildete der glänzende Vortrag von Prof. Dr. Schäding-Marburg über „die Idee der internationalen Organisation.“ In einem historischen Rückblick schilderte Redner zunächst den Weltstaat der Antike, sodann das Zeitalter der Desorganisation. Die internationale Organisation des mittelalterlichen Kaisertums habe vielen Nutzen gebracht. Schließlich habe der Dualismus zwischen kaiserlicher und päpstlicher Macht dem Kaisertum das Grab gegraben. Später glaubte das Papsttum irtümlich, der politische Erbe des Kaisertums werden zu können und wenn es gegen alle Mächte siegreich war, den König von Wittenberg konnte es nicht überwinden. Bei dem konfessionellen Zwiespalt sei natürlich ein Internationalismus nicht möglich gewesen. Selbst das als dunkel verschrieene Mittelalter habe erkannt, daß das letzte Ziel der Menschheit eine internationale Organisation sein müsse. Auch Napoleon I. habe den Gedanken einer Universalmonarchie für Europa wieder aufgenommen. Seit 1870 lebten wir in einem Zeitalter des Epigonenstums, in einer Zeit nationaler Verblödung. Kant habe gesagt, alle Kulturstaaten müßten republikanisch organisiert werden. Nicht die Monarchien brauche man abzuschaffen, aber das persönliche Regiment müsse aufhören zu existieren. Es sei dankbar anzuerkennen, daß die geniale Schöpfung Bismarcks, die kraftvolle Organisation des deutschen Kaisertums, den Frieden schätze. Heute lebten wir in einem Zeitalter, das den Raum überwunden hat. Das Recht müßte den Tatsachen folgen. Es sei kaumenswert, was die Pazifisten bis jetzt schon erreicht haben. Die nächsten Ziele wären: Abrüstung, internationaler Bundesrat und Weltparlament. Der Krieg sollte aufhören, ein Rechtsinstitut zu sein und müsse als Massenmord gebrandmarkt werden. Zum Schluß stellte Redner einen Vergleich an zwischen dem Weltstaat der Antike und demjenigen, der endlich einmal kommen müsse. Dieser werde republikanisch sein und regiert werden durch die Deputierten der einzelnen Staaten. Er werde dann dem uraltermanischen Staatsgedanken entsprechen und das Wort Marc Aurel's zur Geltung gelangen: Die Einzelstaaten der Welt sollten sich zu einander verhalten wie die Häuser einer Stadt. (Stürmischer Beifall).

Rundschau.

Der Reichstag.

hat am Samstag die Beratung des Viehschutzes in zweiter Lesung fortgesetzt. Der liberale Abgeordnete Koberl leitete die Diskussion ein, indem er ausführte, eine Gefährdung des einheimischen Viehbestandes bestehe nicht. Die deutsche Landwirtschaft habe noch nicht den Beweis erbracht, daß sie imstande ist, das Land genügend mit Fleisch zu versorgen. Die von der linken Seite gestellten Abänderungsanträge würden den Entwurf zu einem wesentlichen Fortschritt für die Volkswirtschaft gestalten. Der Abg. Trizevski (Pole) bekräftigte einen Antrag, unter Wahrung geeigneter Vorkehrungen, der Grenzbevölkerung die Fleischversorgung aus dem Grenzlande wie bisher zu gestatten, und forderte eine Entschädigung für die an Tollwut gestorbenen Kinder und Pferde. Abg. Wehl (ntk.) machte verschiedene Ausstellungen an dem Entwurf, erklärte aber am Schluß, daß er trotz dieser Mängel im Interesse der Landwirtschaft und die Allgemeinheit für das Gesetz stimmen werde. Der Sozialdemokrat Stolle bemerkte, der § 7 der neuen Fassung bildet eine wesentliche Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes. Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Dirksen (Rp.), Wachhorst (natl.), Siebenbürger (konf.) und Vogt (w. Bgg.) wurde einem Schlussantrag zugestimmt. Die §§ 1 bis 5 wurden in der Kommissionsfassung angenommen. Bei § 2 war nach kurzer Erörterung ein Antrag der freisinnigen Vereinigung, wonach die von den Landesregierungen angeordneten Seuchenbekämpfungsmassregeln dem Reichstag zur Kenntnisnahme vorgelegt werden sollen, abgelehnt worden. Bei den folgenden Paragraphen entspann sich noch eine längere, unerhebliche Debatte über die gestellten Abänderungsanträge, worauf die §§ 6 bis 66 b in der Kommissionsfassung angenommen wurden. Bei §§ 66c, betr. die Sachverständigenkommission,

beantragte Abg. Singer (Soz.) wegen des schlecht besetzten Hauses, die Abstimmung auszusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt, worauf Singer die Beschlüßfähigkeit des Hauses bezweifelte. Die Sitzung wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Fortsetzung. Kleinere Vorlagen.

Aus der badischen Volkspartei.

In Rastatt, der alten badischen Feste, die in der Geschichte der süddeutschen Aufstandsbewegung des Jahres 1849 eine blutige Rolle spielt, hat über den Sonntag die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei Badens stattgefunden. Sie begann am Samstag nachmittag mit einer Sitzung des engeren Ausschusses, die von Direktor Heimbürger geleitet wurde und sich im Wesentlichen nur mit geschäftlichen Angelegenheiten zu befassen hatte. Hieraus folgte die Landesvertrauensmännerversammlung unter dem Vorsitz von Hoffmann-Bruchsal. Dazu hatten sich bereits eine große Zahl von Delegierten aus allen Teilen des Landes eingefunden. Der Hauptgegenstand der Erörterungen bildeten die kommenden Landtagswahlen, über deren Vorbereitungen Heimbürger berichtete. Die anschließende Aussprache ergab die absolute Geschlossenheit der Partei sowohl in der Beurteilung der materiellen wie der taktischen Seite der getroffenen Maßnahmen. Gleichzeitig legte sie Zeugnis für die Freudigkeit und Zuversicht ab, mit der die Partei in den Kampf eintritt.

Bei dem Festbankett am Abend des Samstag schmückte den Saal auch eine echte 48er Fahne. Die Ansprachen von Bösch-Rastatt, Hummel, dem demokratischen Rastatter Landtagskandidaten Rechtsanwalt Vogel und Heimbürger schöpften sowohl aus der beziehungsreichen Vergangenheit Rastatts wie aus den aktuellen Fragen der Finanzreform mit Ernst und Humor. — Ueber die prachtvoll verlaufene Volksversammlung am gestrigen Sonntag, sowie über die weiteren geschäftlichen Verhandlungen berichten wir morgen.

Das Verbot der Essigeisenz.

Der Abg. Schweichardt ist von verschiedenen Seiten angegriffen worden, weil er in der Finanzkommission des Reichstags für das Verbot der Essigeisenz gestimmt habe. Die Voraussetzung dieser Angriffe ist indessen hinfällig: das Verbot der Essigeisenz ist in der Kommission einstimmig, also auch vom Abg. Schweichardt, abgelehnt worden. Der Abg. Schweichardt hat in der Kommission auch ausdrücklich ausgeführt, daß er es für ein Unrecht halten würde, die Essigeisenz-Industrie, die ebenso existenzberechtigt sei wie die Alkoholeisenz-Industrie, vom Markt zu verdrängen und daß, wenn das Verbot beschlossen werden sollte, jedenfalls eine angemessene Entschädigung der Betroffenen notwendig sein werde. Weiter hat der Abg. Schweichardt dann allerdings auf die schwierige Lage hingewiesen, in die die Alkoholeisenz-Industrie gegenüber der Essigeisenz-Industrie dadurch gekommen sei, daß ihr durch die Branntweinsteuer-Verordnung und ihre Folgen das Rohmaterial ungemein verteuert wurde, ohne daß es ihr, wegen der Konkurrenz der aus steuerfreiem Material hergestellten Holzessigsäure, möglich war, die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen. Die Alkoholeisenz-Industrie würde, so fuhr Schweichardt fort, auf jeden Schutz verzichten, wenn es gelänge, einen freien Spiritusmarkt zu schaffen; da dies aber gegenläufig nicht zu erreichen sei und im Gegenteil eine weitere Preissteigerung bevorstehe, so sei es ein Akt der Billigkeit, dem Alkohol zur Essigbereitung die volle Rückvergütung, wie sie dem vollständig denaturierten Spiritus gewährt wird, zu Teil werden zu lassen. Nach alledem geht die Forderung des Abg. Schweichardt lebhaftig dahin, daß Licht und Schatten gleichmäßig verteilt, daß nicht eines der beiden Gewerbe durch eine falsche Steuererhebung dem Ruin überliefert werde.

Reisend mit viel schönen Reden . . .

Graf Bernstorff, der Konzertredner.

Der neue deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, setzt seine Rundreise in den Vereinigten Staaten fort. Am Mittwoch hielt er eine Rede in Boston bei dem Jahresessen des Harvard-Klubs Cosmopolitan. Er sprach darin über die Beziehungen zwischen den deutschen und den amerikanischen Universitäten.

Wir sind der Ansicht, daß der deutsche Botschafter in Washington gegenwärtig viel Wichtiges zu tun hätte, als im Lande herumzureisen. Den Senat zu Washington beschäftigt gegenwärtig die Tarifdebatte, die besonders für Deutschland großes Interesse hat, und die den Vertreter der deutschen Regierung in den Vereinigten Staaten mehr interessieren müßte, als die Festessen, die ihm zu Ehren in verschiedenen Teilen des Landes veranstaltet werden.

Ueber die Sitzung des Senats der Vereinigten Staaten wird aus Washington berichtet:

Bei der Tarifdebatte besprach der Führer der republikanischen Partei Hale den ausländischen Wettbewerb und führte aus, Deutschlands Bemühen, in die amerikanischen Märkte einzudringen, sei nie härter hervorgetreten als jetzt. Fast jeder amerikanische Fabrikant begegne dem entscheidenden Eindringen und der Konkurrenz der deutschen Industrien.

Diese Ausführungen beweisen, daß man in den Vereinigten Staaten mit der größten Schärfe gegen die deutsche Konkurrenz vorgehen will. Gerade in einem solchen Zeitpunkt könnte sich der berufene Vertreter der deutschen Interessen in Washington besser beschäftigen, als daß er als Festredner von Stadt zu Stadt zieht.

Tages-Chronik.

Karlsruhe, 17. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin haben dem badischen Großherzogspaar am gestrigen Sonntag einen Besuch abgestattet. Es fanden aus diesem Anlaß Familien- und Marschallstapel, Abendstapel und Festvorstellung im Hoftheater statt.

München, 15. Mai. Wie die „Neuesten Nachr.“ erfahren, wird Kaiser Wilhelm am 6. September zum Besuch des Königs von Württemberg in Stuttgart eintreffen. Nach einem Besuch beim Fürsten von Hohenzollern in Sickingen ist dann für den 10. September die Ankunft des Kaisers in Karlsruhe vorgesehen.

Metz, 16. Mai. Heute mittag fand in Gegenwart des Prinzen August Wilhelm von Preußen die Enthüllung eines Kaiser Friedrich-Denkmal statt.

Berlin, 17. Mai. Wie verlautet habe Fürst Bülow über den Sonntag mit den Führern der Blockparteien konferiert und ausdrücklich erklärt, daß er niemals in Sachen der Finanzreform verhandelt habe. Er halte am Block fest. — Da die Konservativen den Block nun schon wiederholt umgeworfen haben, so erscheint es ein Rätsel wie und wo sich Bülow daran festhalten will.

Sublin, 16. Mai. Heute früh um 10 Uhr wurde der Polizeimeister Kapitän Ulich im Zentrum der Stadt durch Revolvergeschüsse tödlich verletzt. 2 ihn begleitende Schulleute wurden schwer verwundet. 2 Angreifer sind verhaftet.

Paris, 16. Mai. Mehrere Blätter wurde aus St. Mihiel gemeldet, daß eine Anzahl von Landwehrlenten, die ihren Dienst beendet hatten, im Eisenbahntunnel bei der Abfahrt die Internationale anstimmten. Ein Infanterieoberst ließ den Zug halten, die Landwehrlenten nach der Kaserne zurückzuführen und ins Gefängnis bringen.

Paris, 16. Mai. An verschiedenen Orten der Umgebung von Paris und im Süden Frankreichs sind Telegraphendrähte durchschnitten worden. Ferner entdeckte man im Einkauf bei dem Hauptpostamt sechs Briefe, denen starker Schwefelgeruch entströmte. Aus einem Briefe stieg sogar Rauch auf. Ein Briefkasten in einer nahe dem Hauptpostamt gelegenen Straße wurde durch ein Stück Zunder in Brand gesetzt, sodas der Inhalt teilweise verbrannte. Die Zahl der streikenden Postbeamten hat sich um 167 vermindert, darunter sind 122 Bahnpostbeamte.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 15. Mai.

Präsident v. Payer eröffnet die 185. Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: Minister des Innern Dr. von Bischof mit Ministerialrat v. Scheurlen, Finanzminister v. Gehler mit einem Regierungskommissar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Gewährung von Darlehen an Beamtenbaugenossenschaften und Uebernahme von Bürgschaft für Darlehen an solche, in Verbindung mit dem Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission über den Antrag Gröber (3.) u. Gen., betreffend die Förderung des Baus von Kleinwohnungen durch den Staat.

Der Antrag der volkswirtschaftlichen Kommission zu dem Antrag Gröber (3.) u. Gen. geht dahin:

„Die Kammer wolle beschließen, die R. Staatsregierung zu ersuchen:

Die Beschaffung gesunder und billiger Wohnungen für die weniger bemittelten Leute zu unterstützen, zu fördern und die nötigen Mittel in den nächsten Etat einzustellen, und die Bereitwilligkeit zur Verwilligung entsprechender Geldmittel erklären.

Im Falle der Gewährung staatlicher Darlehen zur Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sollen vorbehaltlich der jeweiligen ständischen Verwilligung der erforderlichen Mittel die nachstehenden Grundzüge eingehalten werden:

1. Die Darlehen dürfen nur verwilligt werden für die Schaffung von gesunden und billigen Wohnungen für die wirtschaftlich schwächeren Volksteile.

2. Die Darlehen werden nur an Gemeinden und andere Kommunalverbände, sowie an leistungsfähige gemeinnützige Baugenossenschaften oder Bauvereine gegeben.

3. Die Darlehen erhalten die Gemeinden und städtischen Kommunalverbände ohne dingliche Sicherheit bis zum vollen Betrag des Wertes der beteiligten Gebäude, die gemeinnützigen Baugenossenschaften und Bauvereine dagegen nur gegen hypothekarische Sicherheit.

4. Für die Darlehen ist eine angemessene Verzinsung zu leisten, auch ist ihre planmäßige Tilgung zu verlangen.

5. Die Geschäftsführung der gemeinnützigen Baugenossenschaften und Bauvereine untersteht der städtischen Beaufsichtigung.

In Verbindung mit der Beratung des Antrags Gröber wurde in der Kommission von dem Abgeordneten Graf-Stuttgart (3.) die Frage der Aenderung der Bestimmungen über die Bemessung des Wohnungsgeldes der Staatsbeamten zur Sprache gebracht, in der Richtung, daß der Wohnungsgeldtarif desjenigen Ortes maßgebend sein soll, in dem der Beamte seinen Amtssitz hat, auch wenn der letztere nicht mit dem Wohnort zusammenfällt.

Die Kommission trat dieser Anregung bei, jedoch mit der ausdrücklichen Feststellung, daß die Zustimmung hierzu die Kommissionsmitglieder bezüglich ihrer künftigen Abstimmung über diese jedenfalls noch in der Finanzkommission zu behandelnde Frage nicht präjudizieren.

Mit diesem Vorbehalt stellt die Kommission den Antrag:

„Die Kammer wolle beschließen, die Rgl. Staatsregierung zu ersuchen, anlässlich der Vorbereitung des Etats für die Jahre 1909—1910 in Erwägung ziehen zu wollen, ob nicht eine Aenderung der Grundzüge über die Bemessung des Wohnungsgeldes in der Richtung erfolgen könnte, daß nicht der Wohnort, sondern der Amtssitz maßgebend sein soll.“

Verichterstatter Daffner (d. B.) bearbeitet die

gehend diese Anträge. In der Wohnungsfrage begegne man keinem fremden Gebiete, denn in der Richtung einer Fürsorge für das Wohnungswesen habe man in letzter Zeit manches getan. Der Antrag Gröber fordere nun auch staatliche Mittel für den Kleinwohnungsbau. In der Kommission seien auch eine Reihe von Fragen besprochen worden, die in einem Antrag Dr. Lindemann, der ein vollständiges Programm einer Wohnungsplanung darstelle, enthalten seien. Diesen Antrag habe die Kommission bis jetzt aber noch nicht beraten können. Hierauf bespricht Redner die Mängel auf dem Gebiet des Wohnungswesens und geht dann zu der Frage über, wie eine Besserung dieser Zustände geschaffen werden könne. Redner wendet sich dann gegen die von Haus- und Grundbesitzern laut gewordenen Befürchtungen. Der Gesetzentwurf sei wohl zurückzuführen auf die Beschlüsse der Kammer aus dem Jahre 1902, welche zu einer Petition des Eisenbahnerverbandes gefaßt wurden. Die Form der Bürgschaftsleistung des Staates, wie sie der Entwurf als Nebenform vorsehe, sei neu, sei aber zu begrüßen. Redner beantragt Verweisung des Entwurfs an die volkswirtschaftliche Kommission.

Rembold (Z.): Ein wesentlicher Fortschritt sei mit der Schaffung des Landeswohnungsinpektors geschaffen. Nach seiner Meinung könnte der Staat auch Beiträge a fonds perdu an Genossenschaften geben. Die Bauhandwerker haben eine Schädigung durch die staatliche Unterstützung von Baugenossenschaften nicht zu befürchten. Der Entwurf gehöre nach seiner Ansicht besser in die Finanzkommission.

Dr. Bauer (Sp.): Wie groß die Wohnungsnot sei, beweise ein Fall, der ihm aus Kalen bekannt geworden sei. Vor drei Viertel Jahren sei ein Bediensteter von Crailsheim nach Kalen versetzt worden, ohne daß es ihm seither gelungen sei, in Kalen eine Wohnung zu finden. Der Mann sitze jetzt in Kalen, seine Familie mit 7 Kindern immer noch in Crailsheim. Die Mietpreise seien im Verhältnis zum Einkommen viel zu stark gewachsen. Auf eine mögliche Dezentralisation des Wohnungswesens sollte hingewirkt werden. Zu bedauern sei, daß besonders in Stuttgart die Entwicklung des Verkehrs nicht gleichen Schritt gehalten habe mit der Entwicklung der Stadt. Das komme daher, weil man die Verkehrsmittel in die Hände einer privatkapitalistischen Gesellschaft gelegt habe, die bis jetzt noch nicht den Beweis erbracht habe, daß es ihr mit der Förderung des Verkehrs ernst sei. (Sehr richtig!) Es handle sich ja nicht darum, daß der Staat alles Geld ausbringe, sondern es werde sich in der Hauptsache um eine Unterstützung beim Abschluß von Kaufverträgen und bei der Aufnahme von Hypotheken handeln. Er verspreche sich von dieser neuen Art der staatlichen Wohnungsfürsorge viel Gutes. Wenn man lese, daß Familien monatelang keine Wohnung bekommen, weil sie Kinder haben, so sei es doch höchste Zeit, daß der Staat sich dieser Frage annehme. Die Qualität des Nachwuchses leide durch die Aufsucht in den Mietskasernen. Es sei Aufgabe des Staates und der Volkvertretung, daß aus dem Spekulationsstermin wieder Heimatländ für das Volk werde. (Beifall.)

Häffner (d. P.) beantragt, Darlehen nur zu geben, wenn ein erhebliches örtliches Bedürfnis für die Erstellung von Wohnungen besteht.

Dr. Rübbling (B. P.) beantragt: Die Regierung zu ersuchen,

1. die Erbauung gesunder und billiger Wohnungen für staatliche Unterbeamte und sonstige weniger bemittelte Staatsangestellte in Orten mit ausgesprochenem Wohnungsmangel zu unterstützen und Mittel hierfür in den Etat einzustellen;

2. den Bau von Kleinwohnungen vorbehaltlich der händischen Verabschiedung der erforderlichen Mittel unter nachstehenden Grundätzen zu fördern:

a) die Darlehen dürfen nur an Gemeinden, Kommunalverbände sowie gemeinnützige Genossenschaften von Unterbeamten und Bediensteten mit der Bedingung gegeben werden, daß der ursprüngliche Zweck der Wohnungen erhalten bleibt;

b) die Beleihung darf nur drei Viertel des amtlichen Schätzwertes betragen;

c) es ist für eine angemessene Verzinsung und Tilgung zu sorgen;

d) die Geschäftsführung ist, solange staatliches Geld zugegen ist, staatlich zu beaufsichtigen.

Hüller (B. P.): Seine Partei könne sich wohl zu einer Unterstützung von Genossenschaften der staatlichen Unterbeamten und Arbeiter entschließen, aber nicht zu einer Unterstützung der Genossenschaften besser sitzierter Beamter. Seine Partei sei für Verweisung an die volkswirtschaftliche Kommission.

August (Sp.): Er müsse es bemängeln, daß der Entwurf nur eine Unterstützung der Genossenschaften von Staatsdienern vorsehe, und nicht auch die Unterstützung privater Genossenschaften, die wirtschaftlich nicht weniger wertvoll seien. Auch diese Genossenschaften werden mit Witten um Unterstützung kommen, und zwar mit Recht.

Dr. Lindemann (Soz.): Den Gemeinden müssen größere Rechte zur Erwerbung von Grund und Boden gegeben werden, wie dies in zahlreichen Staaten schon der Fall sei. Die Wohnungsnot treffe den Mittelstand genau so wie den Arbeiterstand. Auch die mittleren Beamten bedürfen staatlicher Wohnungsfürsorge. Der Begriff der „weniger bemittelten Personen“, wie er in dem Kommissionsantrag enthalten sei, scheine ihm zu ungenau zu sein. Lieber solle man den Kreis der in Betracht kommenden Personen nach der Wohnungsgröße bemessen. Durch eine Wohnungsfürsorge trete eine Schädigung für die Hausbesitzer nicht ein. In dem vorliegenden Entwurf sehen er und seine Freunde nur einen Anfang. Es scheine ihm zweckmäßig, wenn man nicht reine Beamtenbaugenossenschaften bilde, sondern eine gewisse Mischung der Berufsstände eintreten lasse. Dann lasse sich auch eher ein Einvernehmen mit den Versicherungsanstalten erzielen. Der wichtigste Punkt sei es, den Baugenossenschaften die Beschaffung von billigem Grund und Boden zu erleichtern. Das Ziel sei das Einfamilienhaus und die

Dezentralisation. Redner geht sodann auf Einzelheiten ein. Seine Freunde werden gegen die Anträge Dr. Rübbling und Häffner stimmen. Den Entwurf könnte man ohne Kommissionsberatung genehmigen. (Beifall.)

Dr. Bauer (Sp.) beantragt eine kleine Änderung in dem Kommissionsantrag und dessen Verweisung an die Finanzkommission.

Dr. Rübbling (B. P.) begründet seinen Antrag. Man dürfe nicht vergessen, daß der Staat für seine Angestellten schon viel getan habe. Er erinnere nur an das Postbörse, an das Eisenbahnbörse und die vielen sonstigen Dienstwohngebäude.

Finanzminister v. Geßler: Er verkenne die außerordentliche Bedeutung der Wohnungsfrage nicht. Er gebe zu, daß die Wohnungsverhältnisse in unserem Lande einer dringenden Verbesserung bedürfen. Der Staat werde in der Beschaffung guter und gesunder Wohnungen für seine Bediensteten fortfahren. Allen Beamten und Bediensteten Wohnungen zu bauen, sei allerdings nicht möglich. Wenn durch den Staat auf diesem Gebiete Erhebliches geleistet werden sollte, wären außerordentlich hohe Mittel notwendig. Solche Mittel seien gegenwärtig wenigstens nicht aufzubringen. In den anderen deutschen Bundesstaaten sei eine solche Fürsorge — abgesehen von Hessen und Bayern — nicht eingetreten, und auch in den genannten beiden Staaten nur im Anschluß an ein bestehendes staatliches Kreditinstitut. Der Antrag, das Wohnungsgeld nach dem Dienstlohn zu bemessen, werde in einem Nachtragsetat noch im laufenden Etat erfüllt. (Beifall.) Der vorliegende Entwurf habe im allgemeinen Anschlag gefunden. Der Minister bespricht sodann die einzelnen vorgeschlagenen Dispositionen.

Graf-Stuttgart (Ztr.): Er freue sich über die Vorlage. Er schildert die Verhältnisse der Ulmer Eisenbahner-Bau- und Sparvereins und bittet die Regierung, diesem Verein ihr Wohlwollen zu schenken. An der Verzinsung von 3/4 Prozent möchte er nicht rütteln; aber die Amortisation scheine ihm zu hoch. Zins und Amortisation sollten zusammen 4 Prozent nicht übersteigen. Der Staat könne ruhig bis zu 90 Proz. des Gesamtwertes beileihen.

Rübel (d. P.): Der Antrag Häffner werde ein Schutz gegen einen Sturm auf den Staat sein. Die Baugenossenschaften seien keine ideale Lösung des Wohnungsproblems. Er fürchte eine ungesunde Agitation zur Gründung von Genossenschaften. Wenn die Leute so eng beieinander wohnen, gebe das Bruststücken für allerlei Klatsch und Tratsch.

Es sprachen noch Dr. Bauer (Sp.) und Finanzminister v. Geßler.

Der Antrag Häffner (d. P.), den Entwurf an die volkswirtschaftliche Kommission zu verweisen, wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 3 Uhr mit Tagesordnung: Etat der Berg- und Hüttenwerke. Schluß 1.45 Uhr.

Ueber die Dispositionen der Zweiten Kammer hat man sich nunmehr dahin verständigt, daß am kommenden Mittwoch die letzte Sitzung vor Pfingsten stattfinden und die Beratungen am Montag, den 17. Juni wieder aufgenommen werden sollen.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten.

Oberförster Stier in Dörschhausen wurde zum Kreisförstereisachverständigen für den Donautalbezirk bestellt. Die Oberamtsförsterei in Ulm dem Dr. med. vet. Denzler daselbst übertragen auf das Forstamt Zwieselstein der Oberförster Götz in Simmersfeld seinem Ansuchen gemäß verlegt. Je eine Finanzamtsmannstelle beider Kameralämter Großbottwar dem Finanzassessor Frank in Maulbronn Göglingen dem Finanzassessor Faul in Stuttgart, Smärd dem Finanzassessor Vahlinger daselbst und Oehringen dem Finanzassessor Müller in Stuttgart übertragen, die Oberförster Metz in Berrheim und Hofmann in Kalen ihrem Ansuchen gemäß in den bleibenden Ruhestand versetzt und denselben bei diesem Anlaß das Ritterkreuz 1. Klasse des Friedrichs-Ordens verliehen; Postverwalter Kauscher in Dörschhausen auf Ansuchen nach Bartenhausen versetzt und die Postverwalterstelle in Schönlal dem Postgehilfen Boigt übertragen.

Bischof Reppler über den Fall Bauer. Am Vorabend des Tages, an dem das Rotweiler Gericht zu dem hohen Strafmaß von 3 Jahren Zuchthaus kam, hat der Bischof von Rotenburg an der Spitze der früheren Wirklichkeit des nun zu Zuchthaus verurteilten Geistlichen, in Schramberg, eine Rede gehalten und das „T. Bl.“ hat sie, wie anzunehmen, getreu wiedergegeben. Diese Rede besagt u. a.:

Seit einem Vierteljahr befindet sich ein ehemaliger Seelsorger der Gemeinde in Untersuchungshaft wegen sittlicher Verfehlungen, und morgen wird das Urteil erfolgen. Ist er schuldig? Wir wissen es nicht und der Bischof weiß es auch nicht; im Himmel weiß man es. Wird er verurteilt? Wird er freigesprochen? Wir wissen es nicht. Wird er verurteilt, so müssen wir den Spruch des Gerichtes respektieren. Dieses muß ihn verurteilen, wenn es von seiner Schuld überzeugt ist. Und dann wird ihn der Bischof seines Amtes entsetzen und für alle Zukunft kommt er für die Seelsorge der Diözese nicht mehr in Betracht. Es ist schon dagesungen, daß auch ein Unschuldiger verurteilt wird, denn unfehlbar ist kein irdisches Gericht. In diesem Falle wird aber doch der Tag kommen, an welchem die Unschuld zu ihrem Rechte kommt, und geschähe dies auch erst am letzten aller Tage. Wenn eine Verurteilung dieses Geistlichen erfolgt, so wird dies von mancher Seite gegen die Geistlichen, gegen die ganze Kirche, gegen die Religion überhaupt ausgeschlachtet werden. „So sind sie alle“, wird man erneut rufen. Ein verständiger und anständiger Mensch wird zwar ein solches Urteil nicht sprechen. Der Bischof hat das Vertrauen zu den Anwesenden, daß sie sich nicht ergehen in Lästerreden gegen Kirche, Bischof und Papst, und hofft, daß auch dieses große und schwere Mergernis

vorübergeht, ohne unserer Gemeinde größeren Schaden zuzufügen. Die Gemeinde kann gerade ihren wahrhaft katholischen Sinn und ihre Glaubensstärke erproben dadurch, daß sie in Ergebung gegen Gott erträgt, was kommt.

Was soll man dazu sagen, daß der berufene Leiter der Kirche kurz vor dem Urteilspruch den Zweifel über ein gerechtes Urteil in öffentlicher Rede aussprach, daß er in dieser Situation die Möglichkeit eines Justizmordes ausspielte und mit der „Unschuld, die zu ihrem Rechte kommen wird“, operierte? Wie konnte der Bischof, ohne daß er von dem Gang der Verhandlungen unterrichtet war, zu solchen Ausführungen, die sich auch gegen das Rotweiler Gericht richteten, gerade an dem Orte der Untaten Bauers kommen? Das heißt man ja geradezu das weltliche Gericht herausfordern, daß es das, was in der nichtöffentlichen Sitzung festgestellt wurde, gegenüber solchen Unterstellungen in aller Öffentlichkeit mitteilt. Und wenig scheint das wahrlich nicht zu sein, wenn man das Strafmaß in Betracht zieht und wenn die Gerüchte Wahrheit sind, nach denen es sich um nicht weniger als 14 Mädchen handeln soll, an denen sich dieser Priester vergangen hat. Man sieht: Auch in dieser Rede war Reppler, wie schon manchesmal, wenn er öffentlich redete, sehr unglücklich und schädete seiner Sache mehr, als er die Absicht hatte.

Neue württ. Schnellzuglokomotiven. Gegenwärtig bringt, wie der Staatsanzeiger berichtet, die Maschinenfabrik Göppingen schwere, sechsachsige Schnellzuglokomotiven mit Klasse C bezeichnet, zur Ablieferung, die sich in den Größenverhältnissen und im ganzen Aufbau von unseren vier- und fünfachsigen Schnellzuglokomotiven Klasse A und D wesentlich unterscheiden. Die mächtigen, in der Hauptsache schlicht grau gestrichenen Maschinen gehören einer neuen, aus Amerika stammenden Lokomotivgattung an, die wegen ihrer großen Leistungsfähigkeit seit etwa einem Jahre auch im europäischen Schnellzugbetriebe Eingang gefunden hat. Sie sind nach den neueren Grundrissen als Vierzylinder-Verbundlokomotiven mit weitgehender Ueberhitzung gebaut und vermögen bis zu 2000 Pferdestärken zu entwickeln. Das Gesamtgewicht von Lokomotive und Tender beträgt 133 000 kg. Die Gesamtlänge, zwischen den Puffern gemessen, etwas über 20 m. Die Maschinen sind in erster Linie dazu bestimmt, die schweren Schnellzüge ohne Vorspann über die an Steigungen reichen Strecken der Hauptbahn Bretten-Ulm, unter Umständen auch ohne Maschinenwechsel über anschließende Strecken der Nachbarbahnen, zu führen. Um die Mannschaft mit der Bedienung des ungewohnt großen Kessels und der zum Teil neuartigen Anordnungen des Laufwerks und der Dampfmaschine vertraut zu machen, sollen die Lokomotiven nach Erledigung der amtlichen Probefahrten zunächst in leichteren Diensten verwendet werden.

Nah und Fern.

Eine Dienstmagd in Malsheim hat heimlich geboren. Als sie dies nicht mehr länger verheimlichen konnte, gestand sie, daß das Kind sich im Abort befinde, wo es tot aufgefunden wurde. Die Magd wurde zunächst ins Bezirkskrankenhaus geschafft. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Aus Baihingen a. G. wird gemeldet: In Gungingen brannten Freitag vormittag zwei Schuppen, den Bauern Balz und Seemüller gehörig, nieder. Sie waren mit Stroh und Hühner gestüllt, die dem Feuer reichlich Nahrung boten. Durch einen der Schuppen, der an eine Scheuer angebaut war, wurde der Siedel von dieser in Brand gesetzt, doch konnte die Scheuer gerettet werden. — In Mühlhausen fiel die ledige Christine Schray beim Strohholen vom oberen Scheunboden und wurde schwer verletzt.

Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist ein Dragoner des Stuttgarter Regiments an genährähnlichen Symptomen erkrankt und im Garnisonlazarett in Berg gestorben.

In der Maschinenfabrik Kieber in Reutlingen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, indem der Arbeiter Gutbrod auf bisher unerklärte Weise in das Transmissionsvorgelege seiner Maschine kam und schwere Kopfverletzungen sowie Rückenquetschungen erlitt. Der Unglücksfall wurde erst bemerkt, als Gutbrod um Abstellen des Betriebes schrie.

In Schelllingen brannte die Zündholzfabrik von Wilhelm Happerle nieder. Das Feuer, das reiche Nahrung fand an den in Mengen aufgestapelten leicht brennbaren Stoffen, wie Zündhölzer, Schwefel usw. gefährdete die nebenanliegenden Gebäude stark, so daß sich die Feuerwehr hauptsächlich der Rettung dieser widmen mußte. Durch die große Windstille wurde größeres Unglück verhütet. Die voriges Jahr neuerbaute Fabrik brannte vollständig nieder. Der Besitzer ist nicht versichert. Der Schaden wird auf ca. 40 000 Mark geschätzt.

Feuerlärm im Hoftheater.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Am Samstagabend am Schluß der Vorstellung von Rheingold machte sich im Zuschauerraum des Interimstheaters mit wachsender Heftigkeit ein starker Brandgeruch bemerkbar, wegen dessen unter dem Publikum eine lebhafteste Beunruhigung entstand. Bald ertönte der Ruf „Feuer!“, ohne daß jedoch von einem Brande etwas zu bemerken war. Von der Bühne herunter wurde Ruhe geboten, aber die Zuschauer drängten den Ausgängen zu. Der Vorstellung wohnte auch die Königin bei. — Wie wir erfahren, war ein kleiner Vorhang in einer Vertiefung auf der Bühne in Brand geraten; doch wurde das Feuer durch die diensthabenden Feuerwehrleute bald gelöscht, so daß die herbeigeeilte Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

* Vom schönsten Wetter begünstigt, unternahm der Evangel. Arbeiterverein mit circa 40 Personen am Sonntag seinen Ausflug nach Schwann. Unter den Klängen der Feuerwehrkapelle gestaltete sich die Ankunft bei dem Bruder-Verein zu einer herrlichen, und wurde, nachdem ein Jubelsturm eingenommen war, dem Gauvorstand, Herrn Handlungsrat Genthner, ein Ständchen dargebracht. Das Mittagessen fand im Gasthaus zum Löwen statt, wo nach demselben mit Begleitung der Feuerwehrkapelle das Tanzbein in Bewegung gesetzt wurde und nur zu bald schlug die Stunde zur Umkehr. Der Vorstand, Herr Chr. Schmid, dankte dem Verein in Schwann für den freundlichen Empfang, welches Herr Gauvorstand Genthner mit bewegten dankenden Worten erwiderte. Fröhlich zog die heitere Schar von dannen und soll die Feuerwehrkapelle für ihre Mühe nicht unerwähnt bleiben. Auch Dank sei an dieser Stelle für die Bewirtung im Löwen in Schwann dargebracht.

Amtliche Kurliste der am 15. 16. Mai angemeld. Fremden.

In den Gasthöfen:
Gasth. zum Anker.
Staudenmeier, Hr. Karl Stuttgart
Kgl. Badhotel.
Matthes, Hr. P., Dr. jur. Haarlem Holland
Hotel Belle vue.
Möller, Frau Consul mit Gesellschafterin Fel. Lucht Hamburg
Zur Mühlen, Hr. A. D. mit Frau Gem. Amsterdam
Zur Mühlen, Fel.
Reißke, Hr. Rittergutsbes. mit L. Frau v. Blankenfee
Warbelow Neuhoff
Pension Belvedere.
Körner, Hr. Oberreallehrer Stuttgart
Parks, Hr. Rektor Boyenburg a Elbe
Pension Villa Hausmann. Georg Rath.
Dobber, Hr. Adolf, Intendantur und Baurat mit Frau
Gem. Berlin
Hotel Klumpp.
Plessen, Hr. Graf, Excellenz Jöenack Mecklenb.
Plessen, Frau Gräfin, Excellenz mit Dienerschaft
Jöenack Mecklenb.
Hotel Pfeiffer zum gold. Lamm.
Hansen, Hr. Baudirektor mit Frau Gem. und L.
Kappeln Schleswig
Hotel zum gold. Löwen.
Bogel, Hr. Hofkammerrat mit Frau Gem. Freudenthal
Hotel Palmengarten.
Datt, Hr. Jakob, Gutsbesitzer Scharrachbergheim
Hotel zum gold. Hof.
Ankele, Hr. C. Stuttgart
Mögel, Hr. Postassistent Heilbronn
Mann, Hr. Postassistent
Rothschild, Hr. Sally Cannstatt
Mennter, Hr. Heilbronn
Hotel Russischer Hof.
von Hammerstein-Nechow, Freiherr Nechow Mecklenb.
Marsden, Hr. J. L. mit Frau Gem. England
Hotel u. Cafe Schmid.
Groß, Hr. Desan mit Frau Gem. Leonberg
Streißguth, Fel. Karlsruhe
Schwarzwaldhotel.
Volkensberg, Hr. W., Rfm. Koblenz
Gasth. zum gold. Stern.
Schwab, Hr. Christof, Ober-Postassistent Mannheim

In den Privatwohnungen:

Chr. Bott. Hauptstr. 89. Stuttgart
Strauß, Hr. W., Rfm. Uhrmacher Bott. Trochtelfingen
Mühlbacher, Hr. Kaspar Butschhof b. Oberndorf
Gronker, Fel. Anna
Albert Bott, Dienstmann. Marktshofen
Leh, Hr. Michael
Gottlob Bott, Baddiener Glashofen
Kilian, Hr. Simon, Landwirt
Kaufmann Brachhold. Pforzheim
Zenkert, Hr. Gustav mit Frau Gem.
Diakonissenstation. Feuerbach
Freih, Frau Kaufmann Geislingen a. St.
Kentschler, Fr. Christine, Diakonisse
Breining, Fr. Mathilde, Diakonisse Herrenberg
Gock, Frau Pfarrer Tübingen
Karoline Eitel Ww. Rathausgasse. Bankheim
Remmler, Hr.
Villa Hausmann. Stuttgart
Zeitler, Hr. Adolf, Privatier
Postmeister **Herrmann.** Herrenberg
Seiß, Hr. Postmeister
Zugführer **Hinterkopf.** Altenburg
Steinbach, Hr. Paul, Rentier
Geschwister **Hortheimer.** Staffolheim
Heinrich, Hr. Aug., Privatier
Lamm, Fel. Ida Beckel Pommern
Rehgermstr. **Kappelmann,** Rgl. Post
Red, Hr. Joh., Bäcker Schwarzenberg
Hermann Krauß, Küfermstr. Frankfurt a. M.
Gneiting, Hr. J. D., Beamter mit Frau Gem.
Villa Lichtenstein. Ulm
Mosler, Fel. Anna, Privatier
Villa Monte bello. Stade Hannover
Gravenhorst, Frau Baurat
Herrlich, Fel. Franziska von Heymann, Dr. Leutnant Bismar
Denfel, Hr. Walter, Direktor Mannheim
Hannover
Marie Treiber-Engmann. Obertürkheim
Rauweit, Fel. Elise
Wilh. Volz, Maschinist. Plümmern
Weber, Hr. Georg
Herrnhilfe.
Reichert, Fel. Emma Koigheim Seizinger, Karl Niedernhall
Schönleber, Emma Ungerer, Karl Sindringen
Ludwigsburg Schneider, Karl Tuttlingen
Geißel, Martha Eßlingen Steinhauer, Willy Calw
Rübler, Karl Neufärstehütte Eberle, Oskar Birtensfeld
Fuchs, Rosa Blieningen Held, Karl Willshausen
Vnh, Karoline Ballhausen Schweyher, Friedrich Hall
Santert, Johanna Ravensburg Anstätt, Ernst Mößlingen
Schaal, Paula Eßlingen Schoder, G. Jungeltingen
Niklas, Marie Steinbrechtshausen Gbhring, Anna Blieningen
Berger, Josefina Eßlingen Hoch, Friederike Ebingen
Jäger, Julie Tübingen Gneiding, Anna Stuttgart
Schächter, Otto Juffenhäuser Bräunlinger, Charlotte Tuttlingen
Müller, Wilhelm Göppingen Ruhn, Georg Somabingen
Kaiser, Alfred Feuerbach Moser, Willy Steinheim
Schulz, Friedrich Oberfischach Soreth, Rosa Winterlingen
Kappel, Albert Ebingen Haller, Helene Böckingen
Schurt, Karl Ludwigsburg Ott, Pauline Flein

Weber, Mina
Wager, Rosa
Sersheim Kläiber, Marie Oberstfödingen
Eßlingen Richerer, Max Kirchheim u. T.
Zahl der Fremden 713.

Konzert-Programm

des
Königl. Kur-Orchesters
Leitung: **A. Prem,** Kgl. Musikdirektor.
Dienstag, den 18. Mai
abends 7/8—9/8 Uhr Kurplatz

1. Kaisorjäger, Marsch Eilenberg
2. Ouv. z. Op. „Der Feensee“ Auber
3. Sylvester-Quadrille. Leutner
4. a. Hochzeitsklänge, Charakterstück Prietzel
b. Caraboo, Samoanisches Intermezzo Gellert
5. Der Opernfreund, Potpourri Schreiner
6. Viktoria, Polka Strauss

abends 8 1/2—9 1/2 Uhr

Sinfonie-Konzert im Konversationsaal

neben dem Kgl. Bad-Hotel.

1. Ouverture „Die Fingalsöhle“ Mendelssohn
2. Adagio a. dem Septet. Beethoven
3. Serenade Herbert
4. Sinfonie Nr. 1 C-dur Cello-Solo Herr Echingen. Weber

Mittwoch, den 19. Mai

vorm. 11—12 Uhr in der Trinkhalle

1. Choral: Herzlich lieb hab ich dich o Herr.
2. Ouverture im italien. Styl. Schubert
3. Studententräume, Walzer Strauss
4. Scenen a. „Der Postillon v. Longemeau“ Adam
5. a. Romanze Mozart
b. Liebestraum nach dem Balle, Intermezzo Czibulka
(Für Streichinstrumente.)
6. Korallen, Mazurka Pittrich

Termin-Kalender.

Versammlungen, Holzverkäufe, Submissionen etc.

Wegbau-Vergabung. Am Freitag, den 21 d. M. werden vormittags 11 Uhr in der Stringrundhütte auf dem Schramberg seitens des schifferschaftlichen Forstamts Forbach II zwei Schleifwege in Abt. 48 des Schifferwaldes vergeben (100 und 170 m lang).
Wegbauaufseher Krämer in Gausbach erteilt vor der Versteigerung an Ort und Stelle nähere Auskunft.

Stadtgemeinde Neuenbürg.

Holz-Verkauf am Dienstag, den 18. Mai, vormittags 9 Uhr kommen aus dem Stadtwald auf dem hiesigen Rathaus zum Verkauf: Laubholz, Nadelholz-Langholz, Kleinnutzholz, Schichtersholz, Reisprügel.

Arnbach.

Der landwirtschaftl. Bezirksverein Neuenbürg hält am Sonntag, den 23. Mai 1909 im Gasthaus z. „Dchen“ eine **Voll-Versammlung** ab, wozu die Vereinsmitglieder und Freunde der Landwirtschaft höflich eingeladen sind.

Calmbach.

Am Sonntag, den 23. Mai d. J. hält der Evang. Bund im Ankeraal eine Versammlung ab, wozu ein Vortrag von Hr. Prälat von Hermann über „Die Wirksamkeit des Evang. Bundes in Oesterreich“ in Aussicht gestellt ist.

Gras-Zettel.

Die Liebhaber von Gras-Zettel aus Staats- und Stadtwald Wildbad werden aufgefordert, ihr Gesuch beim Stadtschultheißenamt oder den Anwaltämtern Sprollenhaus und Nonnenmisch

spätestens bis 25. Mai d. J.

eingureichen.

Nachträglich einlaufende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Wildbad, den 17. Mai 1909.

Stadtschultheißenamt:
Böhner.

CAFÉ BECHTLE

Bäckerei und Conditorei

hält seine **Weinstube** bestens empfohlen.

Naturweine in Heilbronner, Kappel-
rodecker, Sasbachwalder, Markgräfler,
Original, Kalterer See-Wein.



Herd- und Ofensetzerei

Im Ausbauen und In-
standsetzen von
Herden, Öfen, Kesseln etc.
empfiehlt sich

Richard Steinmetz,
Wildbad, Hauptstraße 148.
Täglich selbstgemachte
Gierndeln
empfiehlt **Chr. Batt.**

R. Forstamt Wildbad.

Eichenstamm-Nadelstang- u. Brennholz-Verkauf.

Am Mittwoch den 26. Mai
1909 vorm. 10 Uhr im Gasthof z.
„Sonne“ in Wildbad aus Staats-
wald I, Abt. 17 Stoffelmisch, 26
Kohlsteigle, 37 Unt. Schaiblesweg,
52 Schaibleswies, 55 Dechlersweg,
93 Kollwasserhof, 94 Vorb. Speden-
teich, 115 Unt. Baureuteich, 119
Christofshof und 121 Unterer Linden-
grund: Eichen: 63 Stück mit Fm.
3,18 II. Kl. b, 2,83 III. Kl. b,
13,09 IV., 13,62 V., 0,76 VI.,
Nadelholzstangen: Bau-
stangen 171 I a, 129 I b, 16 III,
Sagstangen: 125 I., 122 II.,
5 III. Popenstangen: 175
I., 100 II., 20 V. u. 10 Rebstecken
I. Kl. Brennholz: Am. 9 Eich.
Ausschuß, 72 buch. Ausschuß, 185
Nadel-Roller, 162 Nadel-Ausschuß,
ferner 76 Eich., 121 Buch. u. 799
Nadelholz-Anbruch. Auszüge für
Eichenstammholz sind gegen Bezah-
lung vom Forstamt, für Stangen
und Brennholz vom R. Kameralamt
Neuenbürg erhältlich.

8-12 000 Mk.

als 2. Hypothek auf erstklassiges
hiesiges Objekt zu 5 Proz. Zinsen
sofort gesucht.
Offert. unter **N. II. a. d. Exp.**

**Fertige Strümpfe,
Socken, Längen,
Kinder-Strümpfe**
mit Knieverstärkung,
Kinder-Rittel,
gut und schön gestrickt, empfiehlt
Frau **Flaschner Beck.**
Hauptstraße 85a.

DIEM'S

Motor-Waschmaschinen

für Hoch- und Niederdruck, sind die besten aller existierenden Wasch-
maschinen, mit 2 Jahren Garantie.

Man hüte sich vor Nachahmungen!

Prima Referenzen werden hier am Plage nachgewiesen.

Zu beziehen durch

C. Diem, Stuttgart

Rosenstraße 38.

Vertreter für Wildbad:

Wilhelm Fuchslocher.

Mitteilung.

Meiner werten Kundschaft diene zur Nachricht, daß Ende diese
Woche die bestellten

echten Steyermärker Eier

zum Einlegen eintreffen.

Wer seinen Bedarf noch nicht gedeckt hat, wende sich umgehend
an

Tel. 75 **Robert Treiber**

Ebendasselbst

Ia. frisches Wasserglas

per Liter 20 Pfg.

Flaschenbier.

Vorzügliches Flaschenbier, hell und dunkel, in großen und kleinen
Flaschen, direkt vom Lagerfaß auf Flaschen gezogen, empfiehlt

Wetzel, Rennbachbrauerei.

